

Nachbar Deutschland kann von

Hans-Olaf Henkel, früherer Präsident des deutschen wirtschaftlichen Abstiegs Deutschlands und über die



Hans-Olaf Henkel

Erstens ist Österreich kleiner und kann schneller auf die Änderungen durch Globalisierung und den technologischen Wandel reagieren. „Small is beautiful“, das kann man in vielen Lebensbereichen immer wieder feststellen. Auch die beiden anderen Größen auf dem Kontinent, Frankreich und Italien, tun sich sehr schwer. Zweitens hat Österreich nicht nur keine Wiedervereinigungslast zu tragen, sondern profitiert viel mehr als Deutschland von der Nähe zu den neuen EU-Staaten wie Ungarn, Litauen, Slowenien und der Tschechien.“

Herr Dr. Henkel, Deutschland, die einstige Konjunkturlokomotive Europas, ist heute das wirtschaftliche Schlußlicht in der EU. Warum könnte es dazu kommen?

Hans-Olaf Henkel: Dieses Phänomen ist leider nicht neu. Seit Mitte der 90er Jahre wurde Deutschland beim Wirtschaftswachstum im europäischen Geleitzug von vorn bis hinten zum Brennpunkt durchgereicht. Neu ist, daß die deutschen Politiker es in der letzten Zeit selbst bemerkt haben.

Und damit ist die Begründung schon mitgeliefert: wir haben uns zu lange mit uns selbst und zu spät mit der Tatsache beschäftigt, daß der Wettbewerb zwischen Nationen nach den gleichen Regeln abläuft, wie der zwischen Sportlern oder Unternehmern. Selbst wenn man sich etwas bewegt, kann man zurückfallen, wenn alle anderen schneller sind. Deutschland bewegt sich, fällt aber trotzdem zurück.

Der 150-Geschäftsklimaindex verbesserte sich im April zum fünften Mal in Folge. Ist ein nachhaltiger Wirtschaftsaufschwung in Sicht oder handelt es sich hier nur um ein Strohhalm?

Henkel: Das kommt darauf an, wie die Politik jetzt reagiert. Reformiert sie, dann kann uns das Feuer länger warmen, tut sie es weiterhin nicht, wird es bald wieder erlöschen. Meine Erfahrungen mit Schwarz/Gelb, also Helmut Kohl, und mit Rot/Grün, also Gerhard Schröder, zeigen mir: aufzwickende konjunkturelle Erholung läßt die Bereitschaft zu strukturellen Reformen erlahmen. Ich fürchte, das wird bei Schwarz/Rot nicht anders sein.

Österreich hat eine halb so hohe Arbeitslosenrate wie Deutschland, immer mehr Österreicher arbeiten in der Alpenrepublik, und das „manager magazin“ hat im Vorjahr in einer Studie sämtliche österreichischen Regionen von den vier besten deutschen Regionen gerahmt. Ist es zureichend, daß Österreich (wirtschaftlich) das „bessere Deutschland“ ist? Wenn ja, was sind die Gründe dafür?

Henkel: Ja, das hat mindestens drei Gründe: Erstens ist Österreich kleiner und kann schneller auf die Änderungen durch Globalisierung und den technologischen Wandel reagieren. „Small is beautiful“, das kann man in vielen Lebensbereichen immer wieder feststellen. Auch die beiden anderen Größen auf dem Kontinent, Frankreich und Italien, tun sich sehr schwer. Zweitens hat Österreich nicht nur keine Wiedervereinigungslast zu tragen, sondern profitiert viel mehr als Deutschland von der Nähe zu den neuen Staaten der Europäischen Union wie Ungarn, Tschechien, Slowenien oder Slowakei. Und drittens, hat Österreich mit Schüssel und Grassler zwei Politiker, denen das Ziel, aus ihrem Land eine wettbewerbsfähige Gesellschaft machen zu wollen, in Fleisch und Blut übergegangen ist, während man bei uns nur noch über „soziale Gerechtigkeit“ schwadroniert und Wett-

bereitsfähigkeit allenfalls im Fußball fördert.

Welche wirtschaftlichen Maßnahmen sind notwendig, um Deutschland auf den Erfolgsweg zurückzuführen?

Henkel: Weniger Staat, mehr Einzelverantwortung und dadurch weniger Abgaben für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Dann schaffen auch wir wieder Arbeitsplätze.

Ein wirtschaftlicher Aufschwung ist ohne Forschungsaktivitäten nicht möglich. Aber bezüglich der Gentechnik bestehen große Vorbehalte und innerhalb der Regierung gibt es Meinungsverschiedenheiten wegen des Ausstiegs aus der Atomkraft. Ist Deutschland ein forschungs- und technologiefreundliches Land?

Henkel: Eigentlich ist Deutschland sehr technikfreundlich, sonst würden wir nicht so tolle Autos, so komplizierte Werkzeugmaschinen oder so schnelle ICEs bauen. Aber in den von Ihnen angesprochenen Bereichen hat sich ei-

Ich kenne kein Land auf der Welt, wo der Unterschied zwischen arm und reich so gering ist wie bei uns.

ne kleine, aber dafür umso geschickter ideologisch argumentierende Gruppe durchgesetzt: die Grünen. In der letzten rot-grünen Regierung hat sie über den Koalitionsvertrag auch die Vernünftigen unter den Sozialdemokraten mundtot gemacht. Der damalige Kanzler Schröder hatte vorher nichts gegen die Gentechnik. Und die Entwicklung der Kernkraft wurde jahrzehntelang besonders durch die Sozialdemokraten forciert. Der von Rot/Grün beschlossene Ausstieg aus der Kernkraft gilt nun paradoxerweise auch weiter über den neuen Koalitionsvertrag von Schwarz/Rot! Daß ausgerechnet die nachgewiesenermaßen sichersten 17 deutschen Kernkraftwerke der Welt abgeschaltet werden, während zur Zeit ca. 50 neue woanders geplant und gebaut werden, ist schwachwichtig. Interessanterweise gibt es diese Vorbehalte gegen die Kernkraft in dieser Form nur noch in Österreich und in der Schweiz. Schweden ist vom Ausstiegsbeschluß längst abgerückt, Finnland baut jetzt ein neues. Man sieht daran, wie auch die deutsche Sprache ein Träger von Ideologien sein kann, denn ganz offensichtlich haben die Deutschen ihre Ängste nach Österreich und in die Schweiz exportieren können, nicht aber nach Frankreich oder Osteuropa.

Viele Deutschen ist „Gleichheit“ wichtiger als „Freiheit“, und oft hat es den Anschein, als wäre der Begriff „Elite“ heute ein Schimpfwort. Um Deutschland an der Spitze zu führen, ist wohl auch ein tiefgreifender Bewusstseinswandel notwendig.

Henkel: Das stimmt. Nur, verwenden unsere politischen Vorbilder dabei nicht den Begriff „Gleichheit“, sie reden

immer von der „sozialen Gerechtigkeit“. Das ist nicht nur eine Tautologie, es ist auch ein Teil der Volksverdummung, die bei uns eingerissen ist. Gerechtigkeit ist doch von Anfang an nur in einem sozialen Kontext vorstell- und deshalb auch einklagbar. Wenn Sie allein auf einer Insel sind, dann sehnen Sie sich nach einer Frau oder einem Mann, einer eiskalten Coca-Cola oder einem Boot, aber doch nicht nach Gerechtigkeit. Es wäre viel gewonnen, wenn man es bei der Forderung nach Gerechtigkeit beliebe, denn diese würde zu einem ausgeglicheneren Ausgleich zwischen Freiheit auf der einen und der Gleichheit auf der anderen Seite führen. Durch eine soziale Demagogie ist Deutschland in eine verrückte Situation geraten: ich kenne kein Land auf der Welt, wo der Unterschied zwischen arm und reich so gering ist wie bei uns, trotzdem hat die Bevölkerung den Eindruck, es ginge hier ungerechter als anderswo zu. Klar, auch wir haben eine Menge Ungerechtigkeit, zumal wenn man an das Heer der Arbeitslosen denkt, aber dies ist nicht die Folge von zu wenig Gleichheit, sondern von zu wenig Freiheit. Ludwig Erhard wußte, warum er schon in den

sechziger Jahren warnte: „zu sozial ist unsinnig!“ Jetzt haben wir den Salat.

Sie vertreten in Ihrem Buch „Die Ethik des Erfolgs“ die Auffassung, die Schwäche Deutschlands, die sich auch in gravierenden Bildungsmängeln zeigt, sei auf ideologische Fehlentwicklungen, auf die Unfähigkeit, mit der vermeintlichen „Erbinde“ des Dritten Reiches umzugehen, zurückzuführen. Wären ein historischer Schlußstrich und ein Neuanfang bei der geschichtlichen Wahrnehmung erforderlich, um die Schwäche Deutschlands zu beseitigen?

Henkel: Nicht im Sinne von „Schlußstrich“, mehr im Sinne von „Neuanfang“. Unsere unter alliierter Oberaufsicht zustandgekommene Verfassung hat uns nach dem Krieg einen großen Standortvorteil gebracht: Stabilität. Hätten wir nicht die stabilste Währung, die geringste Arbeitslosigkeit, die vernünftigsten Gewerkschaften und sogar als Deutschland noch in Trümmern lag, ausgeglichene Haushalte, ja, sogar Haushaltsüberschüsse? Aus dem einmaligen Vorteil der Stabilität ist inzwischen ein großer Nachteil geworden: Unbeweglichkeit. Deutschland muß wieder reagieren können, aber unsere Verfassung, unser Entscheidungssystem ist voller Selbstblockaden, hat die Parteien zu Lasten der Bürger übermächtig gemacht. Im Gegensatz zu den Österreichern dürfen wir ja nicht einmal unseren Präsidenten vom Volk wählen lassen, seine Wahl ist immer ein Resultat von Kungelzügen von Parteipolitikern. Unser föderales System, eigentlich angelegt auf Wettbewerb kleiner Einheiten zugunsten eines stärkeren Ganzen, ist durch Absprachen, Gesetze und der

Österreich so Manches lernen

Industriellenverbandes, über die Ursachen des Herausforderungen für die Große Koalition



Platzeck und Merkel bei der Unterzeichnung des Vertrags für die Große Koalition: Sollen Zeichen für Deutschland?

Selbstsucht, alles im Gleichschritt machen zu wollen, verkörpert. Die Verantwortung für die Lösung eines Problems ist nicht mehr kongruent zur Fähigkeit, diese auch zu finanzieren, mit dem Resultat, daß Bund, Länder und Kommunen sich dauernd gegenseitig in die Tasche greifen. Kein Wunder, daß wir seit Jahren die Stabilitätskriterien des Euro immer wieder aufs Neue verletzen. Deshalb müssen wir unser politisches Entscheidungssystem verändern, so wie das andere Nationen auch getan haben. Das reicht zu tun, weil zwischen 1933 und 1945 große Verbrechen in deutschem Namen begangen wurden, verursacht neue Ungerechtigkeiten für die Nachkommen.

Sie traten bereits 1998 für die Bildung einer Großen Koalition in Deutschland ein, gekommen ist stattdessen aber eine rot-grüne Regierung. Inwieweit hat die frühere rot-grüne Regierung den Abstieg Deutschlands zu verantworten, welche Fehler hat sie gemacht?

Henkel: Damals war das was anderes. Die Alternative war Rot/Grün oder Rot/Schwarz – jeweils unter der Führung von Schröder. Über die Technologieförderung von Rot/Grün habe ich schon etwas gesagt. Außenpolitisch hat diese Koalition Verheerendes angerichtet. Ich denke allein schon an die arrogante und dumme Art und Weise, wie Schröder und Fischer mit Ihrem Kanzler Schlüssel am Anfang umgegangen sind

oder wie sie, im Gefolge von Chinas, meinten, die Amerikaner dupieren zu müssen. Am schlimmsten empfand ich die Abwesenheit einer glaubwürdigen Menschenrechtspolitik gegenüber China und Rußland, deren Präsident von Schröder auch noch in den Adelsstand eines lupenreinen Demokraten erhoben wurde. Heute wissen wir, was der Lohn dafür war, der sicher nicht so hoch ist, wie der Preis den die Menschen in Rußland und in Deutschland erstmal dafür zu zahlen haben.

Seit knapp einem halben Jahr gibt es nun in Deutschland eine Große Koalition. Nun werden innerhalb der SPD die Rufe laut, die eine „Reichsteuer“ fordern, immer lauter.

Wird die Große Koalition die erforderlichen Reformen, die für die Bevölkerung schmerzhaft und deshalb unpopulär wären, umsetzen können oder ist nicht eher mit Kompromissen, mit einer Fortsetzung des Stillstands zu rechnen? Welche Erwartungen setzen Sie in die schwarz-rote Regierung?

Henkel: Es wird immer deutlicher: Deutschland hat zwei große sozialdemokratische Parteien. Das sagt eigentlich alles. Allerdings hat eine Große Koalition auch eine große Chance: nämlich die deutsche Verfassung, die Finanzverfassung, die Organisation der Bundesländer, das Wahlrecht den neuen Herausforderungen anzupassen. Es gibt Anzeichen, daß sie diese Chance wenigstens teilweise auch wahrnimmt. So ist die jetzt vor uns stehende Reform des Föderalismus ein hoffnungsvoller Ansatz. Macht sie da weiter, kann sie für die Regierungsfähigkeit zukünftiger Koalitionen und für unsere Zukunft Entscheidendes leisten.

Der von anderen und mir unter dem Vorsitz von Altbundespräsident Herzog gegründete „Konvent für Deutschland“ setzt sich genau dafür ein. Es sieht so aus, als könnte es sich gelohnt haben (Mehr darüber unter www.konvent-fuer-deutschland.de). Den Namen für diese Privatinitiative haben wir übrigens von Ihrem staatlichen Konvent abgekupfert. Sie sehen: Deutschland kann viel von Ihrem Land lernen.

Das Gespräch führte Bernhard Tomaszitz

Es wird immer deutlicher: Deutschland hat zwei große sozialdemokratische Parteien. Das sagt eigentlich alles.

Nur eine Frage der Zeit

VON WALTER TRIBITSCH

Wie war es doch schön für die vielgelästerten Ösis, die kleinen Brüder seit alters her, einmal in dem Gefühl zu schwelgen, es den Großen doch gezeigt zu haben.

Schon in der Zeit nach dem ersten Weltkrieg glaubte hierzulande kaum jemand an die Überlebenschance Österreichs ohne den Zusammenschluß mit dem – ebenfalls Kriegsverlierer und Nachfolger der zerfallenen Monarchie – übriggebliebenen Nachbarstaat der deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft. Allen der Friedensvertrag von St. Germain bzw. Versailles sollte diesem Ansinnen ein für allemal ein Ende setzen und reduzierte Deutschösterreich um das „Deutsch“. Ein für allemal, wie im Friedensvertrag verlangt, allerdings nicht.

Dafür sagte die Wirtschaftspolitik des Deutschen Reiches, die zur Aufbau und Wachstum setzte, im Gegensatz zu der österreichischen, deren Nationalbank Gold horrete, die Staatsbürger dafür aber darben ließ. Es kam daher nicht von ungefähr, daß sich Beschäftigung und Lebensstandard grundsätzlich anders entwickelte und der Anschluß an Hitlerdeutschland – von viel mehr als heute zugegeben wird – herbeisehnt und begrüßt wurde.

Aber auch da spielen die „heim ins Reich gekehrten“ Österreicher eher wieder die Rolle der Pappkameraden trotz eines Führers, der selbst österreichstämmig war. Mit ein Grund, vielleicht, warum man im Nachkriegsösterreich so bemüht war, eine eigenständige Entwicklung zu fördern und die Jubeltraute am Heldenplatz möglichst rasch in der Versen-

kung verfallen zu lassen. Nichtsdestotrotz zeigte sich schon sehr bald, daß zumindest in wirtschaftlicher Hinsicht nichts ohne die deutschen Brüder ging. Der Fremdenverkehr entwickelte sich sehr schnell zu Österreichs wichtigstem Wirtschaftsfaktor und der wiederum wurde, wie in der Zwischenkriegszeit schon, von deutschen Bundesbürgern beherrscht. Die brachten die so notwendige DM nach Österreich und ließen uns ein bißchen an ihrem Wirtschaftswunder mitnischen.

In weiterer Folge kam der neuerliche „Anschluß“, jener in währungspolitischer Hinsicht. Der Schilling wurde in weiser Voraussicht des damaligen Finanzministers Stephan Koren an die Mark gebunden und machte deren stabile Entwicklung zur knallharten Währung bis zur Ablöse durch die Gemeinschaftswährung im Gleichschritt mit. Die Einkommen im westlichen Nachbarland waren ständig höher, die Preise der Konsumgüter, von der Seife bis zum Fernseher, niedriger und das Wachstum des Lebensstandards immer eine Spur größer. Bis, ja bis die neuen, alten, Bundesländer wieder zurückkehrten, 45 Jahre unter der zentral gelenkten Mißwirtschaft sowjetkommunistischer Prägung hatten auch aus einem deutschen Staat mit Bürgern gleicher Tugenden wie jener die das westliche Wirtschaftswunder geschaffen hatten, einen nach marktwirtschaftlichen Kriterien, heruntergekommenen Entwicklungsstaat gemacht. Aber nicht nur Industrie, Handel und Gewerbe lagen danieder, auch die Auffassung von Arbeit und Weiterkommen konnte nicht von einem Tag auf den anderen den westlichen Anforderungen angepaßt werden. Warum auch sollte man wohl arbeiten, wird sich so mancher ge-

fragt haben, wenn die Sozialhilfe gleich viel, oder noch mehr Wohlstand brachte, als man bisher gewohnt war. Die Folge, brennende Arbeitslosenzahlen, wurde für die neue gesamtdeutsche Wirtschaftspolitik die größte, bis heute nicht gelöste Herausforderung. Kein Wunder also, wenn dieser Mühlstein die Wirtschaftslokomotive zum Stillstand brachte und die deutsche Konjunktur einrostete. Kein Wunder, wenn der Staat mir Verschuldung versuchte, seine Wirtschaft wieder flottzukriegen, kein Wunder auch, wenn so mancher deutsche Arbeitslose sein Heil, bzw. seinen Arbeitsplatz bei uns in der verhältnismäßig gutgestellten Alpenrepublik suchte.

Aus den paar tausend deutschen Gastarbeitern und aus den nun ein paar Jahre lang besseren Wirtschaftsdaten ableiten zu wollen, wir hätten es nun endlich geschafft und es „den Brüdern im Reich“ endlich einmal gezeigt, wäre aber doch verfehlt. Es wäre vor allem zu früh gefreut.

Wenn man beobachtet hat, mit welcher Beharrlichkeit ein vor Wahlen stehender Kanzler Schröder an der Sparpolitik zur Sanierung des Staatshaushalts festhielt – dies obwohl ihm bewußt war, daß es ihm den Job kosten würde, wenn man einkalkuliert, daß nun eine Regierung ohne postkommunistisches Grünanhängsel Wirtschaftspolitik nach marktwirtschaftlichen Kriterien machen kann, wenn man dabei die jüngsten Entwicklungen der Wirtschaftsdaten mit den ersten sich abzeichnenden Erfolgen zur Hand nimmt, dann muß man wohl, oder besser, darf man davon ausgehen, daß es nur mehr eine Frage der Zeit ist, bis die alte Ordnung wiederhergestellt ist. Unserer Wirtschaft täte es jedenfalls gut.

Es ist wohl nur mehr eine Frage der Zeit, bis die alte Ordnung wiederhergestellt ist. Unserer Wirtschaft täte es jedenfalls gut.